

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Pettizeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 33 :. 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b :. Telefon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 13. August 1915

Inhalt. Beitragsleistung. — Uns aber bleibt die Kühne Tat! — Schieberprofile. — Was wird nach dem Kriege? — Feldpostbrief. — Situationsbericht der Verwaltungsstelle Stettin vom 1. Halbjahr 1915. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 15. bis 21. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Uns aber bleibt die Kühne Tat!

Die deutschen Gewerkschaften, größtenteils erst nach dem Falle des Sozialistengesetzes ungeliebten Andenkens gegründet bzw. zu Zentralverbänden umgebildet, haben bei Schaffung ihrer Satzungen vorerst wenig Bezug auf engere Verbindungen mit den Bruderorganisationen des Auslandes genommen. Erst mit der Entfaltung und Steigerung des Weltverkehrs und des kapitalistischen Ueberseehandels machte sich eine Fühlungnahme mit verwandtschaftlichen Berufsorganisationen des Auslandes notwendig. Es wurden für fast alle Gewerkszweige internationale Organisationen mit einem internationalen Sekretär an der Spitze geschaffen, um so einen innigen Meinungsaustausch zu ermöglichen. Die auf diesem Gebiete erzielten Erfolge sind, wenn auch nicht überragend groß, so doch allgemein zufriedenstellend, so daß auch die christlichen Gewerkschaften dazu übergingen, internationale Verbindungen zu schaffen. Neben dem „Sich-Kennen-und-Verstehen-Lernen“ galten die internationalen Organisationen in erster Linie der materiellen Solidaritätsbezeugung während größerer wirtschaftlicher Kämpfe, wobei die deutschen Gewerkschaften zumeist der gebende Teil gewesen sind. Wir erinnern an diese Tatsache nicht deswegen, um den deutschen Gewerkschaften ein Lob auszusprechen oder die Auslandsorganisationen zu besonderem Danke zu verpflichten, sondern meinen, in einer Zeit, wo die Begriffe nur zu leicht verwechselt werden, ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, wer es mit den internationalen Bestrebungen und Verbindungen aller Arbeiter wirklich ernst gemeint hat. Darum prallen auch alle Anwürfe von Barbarentum, Verleugnung gewerkschaftlicher Grundzüge und sonstigen Geschmacklosigkeiten an dem reinen Schilde der deutschen Gewerkschaften ab. Hier wird auch vermieden, mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Von diesem Standpunkt lassen sich die deutschen Gewerkschaften auch nicht abbringen, wenn auch aus dem Auslande das Gegenteil gemeldet wird. So bringt die „Internationale Korrespondenz“ in ihrer letzten Nummer vom 5. August eine Notiz „Massenhaß unter Ar-

beitern“, welche zur Kenntnisnahme hier im Wortlaut wiedergegeben sein mag:

„Zu den allerbedauerlichsten Erscheinungen dieses Weltkrieges gehören die Gefahrenbrüche von Arbeitern gegen Arbeiter. Auffälligerweise kommen die meisten solcher Nachrichten aus englischsprachigen Ländern. Gleich nach Beginn des Krieges wurde aus Australien gemeldet, daß verschiedentlich Arbeiter zum Streik griffen. — z. B. auf ausdrücklichen Beschluß der Hafenarbeiterorganisation in Sydney, der sich auch gegen die eigenen 150 Mitglieder deutscher Abstammung richtete — um die Entlassung von Kollegen zu erzwingen, die in Deutschland oder Oesterreich geboren sind. Ähnliches wurde wiederholt auch aus Südafrika gemeldet, so insbesondere von den Eisenbahnern, die mehreremale die Arbeit niederlegten, um sich ihrer „Feinde“ in den Betrieben zu entledigen. In den Vereinigten Staaten ist Ähnliches, wenn auch nicht in so großem Umfange, vorgekommen. Schlimmer aber sieht es in dieser Beziehung in Kanada aus. Dort sind insgesamt 30 597 „feindliche Ausländer“ festgesetzt, von denen 2177 in Gefangenenlagern untergebracht wurden, während man die anderen auf parole entließ. Die meisten sind aus der österreichisch-ungarischen Monarchie gebürtig. Die Internierten sind in der Mehrzahl in unentwickelten Gegenden mit der Urbarmachung des Landes beschäftigt. Man gab ihnen dafür 25 Cents pro Tag. Nun wird gemeldet, daß viele der Internierten nur auf Veranlassung ihrer eigenen Arbeitskollegen die Gefangenenlager beziehen mußten und daß ihre Zahl aus den gleichen Gründen andauernd steigt. Der letzte Streik, der zu dem Zwecke ausbrach, die Entlassung der Deutschen und Oesterreicher zu erwirken, brach bei der Hillcrest Kohlenbergwerk aus. Die Zahl der Streikenden beträgt 300, während nur „100 Feinde“ in Frage kommen. Die gleiche Bewegung macht sich in vielen anderen Minenbezirken geltend. Besonders interessant ist, daß genau vor einem Jahre in dem Hillcrest-Bergwerke 180 Vergewaltigungen durch eine Explosion ihr Leben verloren, darunter natürlich Arbeiter aller möglichen Nationalitäten.“

Trotz dieser vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus verwerflichen Vorwände herrscht unter deutschen Gewerkschaftlern die unerschütterliche Ueberzeugung, daß nach Beendigung der Weltkrise die Begleitererscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise sich in allen Ländern in ungeschwächter Form zeigen werden. Damit sind auch die Vorbedingungen einer gegenfeitigen Verkündigung geschaffen, die sich um so leichter ermöglichen lassen, je weniger wir uns einander schmähen, je mehr wir die Kühne Tat bewahren und schon jetzt versuchen, noch brauchbare Steine aus dem vorhandenen Trümmerhaufen zum Aufbau einer neuen Internationale zu sammeln und zu sichten. Die Lehre haben wir aber gezogen und wird in Zukunft nicht vergessen werden dürfen, daß wir unsere im wirtschaftlichen Kampf erzielten Erfolge und erprobten Eigenheiten nicht mehr aus reiner Höflichkeit hintenanstellen, alles bescheidenen und loben, was aus dem Auslande kommt. Gewiß, dort wie hier ist viel Gutes und noch mehr Verbesserungsbedürftiges vorhanden. Darüber wollen wir unsere Meinungen

ausstauschen und durch geeinte Kraft versuchen, das sich Bewährte einzuführen und zu verbessern. So betrachtet, ist es falsch, von einem endgültigen Zusammenbruch der Internationale zu reden. Mühen wie drüben ist die Zahl derer nicht klein, die den gewerkschaftlichen Grundzügen gemäß festen Willens sind, alles einzusetzen, wenn es gilt, der gesamten Arbeiterschaft dauernde Vorteile und größere politische wie wirtschaftliche Freiheiten zu garantieren. Dazu bedarf es aber in erster Linie der Sicherstellung und des Ausbaues der Organisationen im eigenen Lande.

Die deutschen Gewerkschaften haben während der nunmehr einjährigen Dauer des Weltkrieges den Beweis erbracht, daß sie ein wichtiges Glied in der Kette deutschen Wirtschaftslebens sind. Ihre Tätigkeit einschränken oder sie gar vernichten wollen, hieße das gesamte Wirtschaftsleben erschüttern und in ein Chaos verwandeln, aus dem sich niemand auskennt. Mit goldenen Lettern wird im Buche der Weltgeschichte festgehalten, was deutscher Organisationsgeist im Weltkriege geleistet hat. Wenn künftige Geschichtsschreiber seiner gedenken, so werden sie an der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften nicht unbeachtet vorübergehen können.

Legen wir uns nun die Frage vor, was und wer sind die deutschen Gewerkschaften, die solches leisten konnten? Die stolze Antwort lautet: Die deutschen Gewerkschaften sind eine Zusammenfassung zielbewußter, durch die harte Schule des Lebens gegangener, nach Gleichberechtigung und Anteilnahme an den Fortschritten der Kultur strebender Arbeiter und Arbeiterinnen, auf Grund selbstgeschaffener Satzungen und einer Selbstverwaltung, geleitet von selbstgewählten Funktionären. Diese Gewerkschaften, das Vertrauen auf ihre eigene Kraft, hat die deutsche Arbeiterschaft stark gemacht und sie befähigt, allen Gefahren, auch denen eines Weltkrieges, zu trotzen.

Wohl haben auch die deutschen Gewerkschaften dem Weltkriege ihren Tribut zahlen müssen. Wir denken nicht dabei an die Opfer materieller Natur. Weit größere Werte liegen in den Opfern, die der einzelne hat bringen müssen. Weit über eine Million deutscher Gewerkschaftler stehen im Kriegsdienst. Tausende und aber Tausende werden niemals mehr heimatlichen Boden betreten, sie ruhen in Feindesland, ihr Blut düngt die Felder zu neuer Ernte. Doch ein heiliges Vermächtnis haben sie uns hinterlassen, welches lautet:

„Haltet fest an dem, was wir in wirtschaftlichen Kämpfen errungen, was wir mühselig für uns und unsere Kinder aufgebracht haben! Nützlich noch Gleichgültige auf, überzeugt sie von den hohen Aufgaben der einigen und geeinten Arbeiterschaft!“

Auch an die im Sattler- und Lederverwarengewerbe tätigen Personen ist diese ernste Mahnung gerichtet. Hat doch unser Verband

anerkanntermaßen nach seinem Können und Vermögen Leistungen vollbracht, auf die die Besamtskollektionskraft mit Recht stolz sein kann. Trotzdem ist die Zahl derer nicht gering, die ernten, wo sie niemals gesät haben, und an der Kraft zehren, die sie nicht ergänzen. Sie sind alle diejenigen, die mangels Vertrauens an eigenen Jah oder aus Selbstsucht fahnenflüchtig geworden sind, sie gilt es wieder auf den rechten Weg, zur Organisation, zu führen. Diese Arbeit darf nicht bis zum Abschluß des Krieges verschoben, sondern muß sofort begonnen werden, um die Läden wieder auszufüllen und unseren vom Schlachtfeld sieggekrönt heimkehrenden Kriegerern den Verband in mindestens ebenso guter Verfassung zu übergeben, wie sie ihn verlassen haben.

Sucht jeder ehrlich denkende Kollege in diesem Sinne zu wirken, seinen Verband dauernd leistungsfähig zu gestalten, so legt er auch damit den Grundstein zu einer festen internationalen Verbrüderung nach dem Grundsatze:
**Proletariat aller Länder,
 vereinigt Euch!**

Schieberprofite.

Die von den Behörden erteilten Aufträge von Lederwarenherstellern sind mit der Verpflichtung der Lieferanten verbunden, die im Reichstarif und Stücklohnverzeichnis festgelegten Bedingungen anzuerkennen und vollinhaltlich zur Durchführung zu bringen. Trotz alledem haben eine Anzahl Unternehmer mit mehr Strupflosigkeit als Gewissenhaftigkeit es verstanden, sich an diese bindenden Abmachungen nicht zu halten und den Arbeitern den ihnen rechtlich zustehenden Lohn vorzuenthalten. Bei den Verhandlungen mit Einzelunternehmern zwecks Ein- und Durchführung des Reichstarifs in ihrem Betriebe wurde uns an der Hand von Bestellscheinen der Nachweis erbracht, daß Agenten und sogenannte Schieber es verstanden haben, auch heute noch ungeklärterweise sich Aufträge zu ergattern und mit fast faßelhaften Profiten weiterzugeben. In eingeweihten Kreisen spricht man von Millionenbeträgen für einfache Vermittlerarbeit bei Heereslieferungen. Daß an diesen Gerüchten leider viel Wahres ist, sagt uns ein Bericht einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg, in der es sich eigentlich nur um eine Privatbeleidigungssache handelte, die uns aber interessante Einblicke in das gemeinschädliche Treiben der Vermittler von Heereslieferungen gestattet.

Als Kläger trat der Kaufmann Martin Duhbank in Kammernsdorf i. Schl. gegen den Kaufmann Wilhelm Karfunkelstein in Schöneberg auf. Zwischen den beiden Parteien, die früher bei Heereslieferungen Hand in Hand gearbeitet hatten, waren, als sich der eine von dem anderen überorientiert glaubte, Streitigkeiten entstanden, die schließlich dazu führten, daß Karfunkelstein an seinen ehemaligen Geschäftsfreund einen Brief richtete, in welchem er diesem vorwarf, er sei ein „Mantel“ und sei in Geschäftsreisen verurteilt. Wegen dieses Briefes leitete Duhbank die jetzige Privatbeleidigungssache ein. Vor Gericht wurde von K. die Widerklage erhoben wegen eines Briefes, den er von W. erhalten hatte. In diesem Briefe befinden sich Worte wie „Schieber“, „Expreser“, „Querulant“ und ähnliche „Göfligkeits“-

„In der Verhandlung wurde in sehr bemerkenswerter Weise einmal hinter die Kulissen der Heereslieferungsvermittlung gesehnet. Die der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung hervorhob, habe sich der Privatkläger „Kaufmann und Heereslieferant“ genannt, obwohl er weiter nichts sei als ein einfacher Agent. Nachdem ein Zwischenagent, der weiter nichts als ein einfaches Telefongespräch geführt habe, für diese „Arbeit“ 4000 M. im Hundsdrehen verdient habe, sei der Privatkläger gekommen und habe für 20 M. ein, für die er selbst einem anderen Agenten 80 M. angeboten habe, von der Heeresverwaltung 48 M. verlangt und erhalten, so daß er, ohne einen Pfennig eigenes Geld dabei zu riskieren, bei der Lieferung von 10 000 Stüd an einem Tage 90 000 M. verdient habe. Die eigentlichen Fabrikanten, die circa 20 M. von den Agenten erhalten hatten, habe das Gericht an diesem Prozeß überhaupt nicht zu sehen bekommen. Die Verhandlung habe, wie der Vorsitzende ausdrücklich betonte, ergeben, daß es Kreise gibt, welche die augenblickliche Lage unseres Staates benutzen, sich in einer durch nichts gerechtfertigten Weise zu bereichern und ganz erhebliche Vermögen zu verdienen. Zu diesen Leuten gehören beide Parteien. Da die in dem zum Gegenstand der Beleidigung gemachten Briefe enthaltenen Beleidigungen viel schwererer Art sind, habe das Gericht den Privatkläger Duhbank zu 300 M. Geldstrafe und die Beklagte zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Dem Kläger wurden außerdem die Gerichtskosten aufgelegt.

Unter der Spitzmarke „Immobiliensattler und Heereslieferanten“ bringt die in Frankfurt a. M. erscheinende „Sonne“ folgenden interessanten Artikel:

Wir berichten vor längerer Zeit, daß in einer Sitzung der gewerblichen Arbeitsvermittlungsstelle für Heereslieferungen mitgeteilt worden war, daß eine Berliner Firma der hiesigen Sattlergenossenschaft einen größeren Posten Sattlerarbeiten für das Heer in Aussicht gestellt habe gegen eine 10prozentige Vergütung auf die von der Heeresverwaltung festgelegten Preise. Der Berliner Zwischenhändler soll, wie unser Gewährsmann mitteilt, ein dortiger Bankier gewesen sein. Mit der Vermittlung von Sattlerarbeiten größten Umfangs hat sich die bekannte in Berlin und Frankfurt ansässige Immobilien- und Hypothekensattlerfirma Julius R. Vier befaßt, die Firma ist jedoch neuerdings seitens des Kriegsministeriums auf Grund von Beschwerden der Berliner Handwerkskammer von allen Heereslieferungen ausgeschlossen und von der Liste der Lieferanten gestrichen worden. Das heißt also: Offerten von Jul. R. Vier werden von den Militärbehörden nicht mehr angenommen und mit den Militärbehörden in Verbindung stehende Lieferanten dürfen mit der Firma Vier keine Zwischengeschäfte mehr machen. Durch die unerbundenen Zwischenhändler, die ohne Zugehörigkeit zu dem betreffenden Geschäftszweig und natürlich auch ohne die nötige Waren- und Materialkenntnis lediglich auf spekulativen Zweck Artikel des Kriegsbedarfes, der Truppenausrüstung und Verpflegung in großen Posten aufkauften, hat der Staat und damit der deutsche Steuerzahler während der ersten Kriegsmomente lokale Preissteigerungen mitbezahlen müssen, zugleich wurde der legale Handel schwer geschädigt. Wir haben es erlebt, daß Bankiers plötzlich mit Kakaos und Tee, Vorkenmaier mit Hülfsfrüchten, Schweinefleisch und Mehlware, andere wieder erzielten mit der Heeresverwaltung große Zuschußlätze, der Handel mit Leder arzte zum trassen Anflug aus. In den Marktzeitschriften es längst bekannt, daß die Immobilien- und Hypothekensattlerfirma Vier sich auf Sattlerarbeiten verlegt hatte, auch erschienen gelegentlich Inserate, in denen diese Firma bestimmte Rohmaterialien suchte, die sie zweifellos in beachtlichen Posten aufkaufte, daß der Weiterverkauf ihr bedeutende Gewinne einbrachte. Das Geschäftsgeschehen der Firma Vier war also nichts anderes als der leider auch von vielen anderen mit mehr oder minder großen Erfolgen, gelegentlich auch mit gehörigen Reinfällen betätigte Versuch, den Krieg zu einer profitablen Erwerbsquelle zu benutzen.

Wenn es sich lediglich um einen wirtschaftlichen Umschlagungsprozeß handelte, wäre dagegen seitens der Behörde sachlich nicht eingeschritten worden, die Firma Vier muß sich als Außenstehender so gründlich in das Geschäft mit Kriegsattlerarbeiten hineingeknielt haben, daß selbst der Staat ein Haar darin fand und eine so erhebliche Schädigung des Sattlergewerbes in der Tätigkeit der Immobilien- und Hypothekensattlerfirma erblickte, daß er sie von der Lieferantenliste strich.

In einer Versammlung des Vereins Hamburger Großhändler wurde nach einem beglückten Bericht festgestellt, daß die Lederpreise in keinem Verhältnis zu den Güterpreisen stehen. Während für die Häute — angeblich — noch die Juli-Friedenspreise bezahlt wurden, seien die Lederpreise von 5,50 M. für das Kilogramm bis April 1915 auf 19 M., also um mehr als das Dreifache gestiegen. Und darum fordern sie Höchstpreise für das Leder. — Wir nehmen an, daß bei dem allgemeinen Werteseg der Spekulanten aller Art auf die Taschen der Konsumenten auch die Fleischermeister, die ihr Geschäft doch auch sehr gut verstehen, ebenfalls nicht zu kurz gekommen sein werden. Andernfalls würden sie gewiß „rebelliert“ haben.

Dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir über die Industrie von Zeltbahnen nachstehende interessante Ausführungen, die ebenfalls erkennen lassen, wie einzelne Unternehmerrgruppen es verstanden haben, sich Kriegsgewinne zu verschaffen.

Ein sehr wichtiges Ausrüstungsstück des deutschen Soldaten ist die Zeltbahn, deren Verwendungszweck groß ist. Außer dem eigentlichen Gebrauch als Zelt eines Zeltes, das gegen Regen und Schnee ebenso schützen soll wie gegen die heißen Sonnenstrahlen, dient u. a. die Zeltbahn dem Soldaten zum Lagern im Schutze, gegen, auf soviel Felde wie im Walde, um die ungesunden Einwirkungen der feuchten Erde abzuhalten.

Bei Zeltbahnen ist nun eine bestimmte Beschaffenheit Voraussetzung, damit die Erwartungen, die ihr Träger an sie stellt, auch erfüllt werden. Zunächst muß der Zeltstoff im Boden festzu sein und eine dicke Fettschicht (2) aufweisen. Ferner wird eine Wasserfestigkeit des Stoffes gefordert, die den Druck einer Wassersäule von 10 Zentimetern Höhe 36 Stunden aushält. Außerdem muß das Gewebe

04 Zentimeter breit sein und die vorgeschriebene Farbe haben. Diese war bei Beginn des Feldzuges rostbraun, erst einige Zeit später verlangten die den Einkauf beauftragenden Verleihsämter die selbige Farbe.

Um sich schnell mit den in riesiger Zahl gebrachten Zeltbahnen zu versorgen, inaufernte die Militärbehörde nicht mit dem Preis und bewilligte schließlich so hohe Forderungen, wie sie in Friedenszeiten unbekannt waren. Zunächst wurden die Militärstofffabrikanten mit Aufträgen beauftragt. Als aber bekannt wurde, wie einfach die Beschaffung der Zeltbahnen ist, traten auch andere Unternehmer als Wettbewerber an die Verleihsämter heran, um Lieferungen zu erhalten. Insbesondere wurden mit solchen auch Häuser beauftragt, die schon einen großen Vorrat an Stoffen wie Leinwand, Wäsche, Sprematen-, Leinwandfabrikanten und Konfektionswerkstätten konnten sich durch die Bestellungen auf Zeltbahnen wieder flotter Arbeit erfreuen, nachdem durch den Kriegsausbruch die sonst bestellten Gegenstände nicht mehr verlangt wurden.

Allerdings wickeln sich die Geschäfte nicht immer mit der gleichen „Schlantheit“ ab, mit der die Aufträge erteilt wurden. Annähernd die Hälfte aller angelieferten Zeltbahnen erwies sich als nicht vorchriftsmäßig und bei der strengen Prüfung seitens der Verleihsämter hunderten Hunderttausende von Zeltbahnen zu ihren Erzeugern zurück. Oft war daran die mangelhafte Arbeit schuld, aber weit häufiger lag es an den verwendeten Stoffen, die der vorgefertigten Wasserfestigkeit nicht entsprachen. Die Zeltbahnfabrikanten hielten sich an ihre Stofflieferanten, um sie für den entstandenen Schaden verantwortlich zu machen. Diese lehnten es aber fast immer ab, die Schuld auf sich zu nehmen. Aus den Differenzen zwischen den Lieferanten, den Webereien und Stoffgroßhändlern und den Zeltbahnerstellern entwickelte sich ein Hattenkönig von Prozessen, die wohl erst lange nach dem Kriege die letzte Instanz passieren werden. Sie haben sämtlich bedeutende Klagesummen zum Gegenstand.

Das Zeltbahngeschäft war in den Monaten Oktober bis Dezember auf der Höhe angelangt. Dann sank es sehr ab, und nachdem seit Ende März keine Aufträge auf Zeltbahnen mehr von der Behörde bezogen wurden, ist das Geschäft so ziemlich zu Ende. Die noch ungelieferten vorhandenen der Handlaren Lagernden Zeltbahnen werden heute zu 100 Mark angeboten, während man im Oktober dafür 10 Mark forderte und erhielt. Mit dem Ueberangebot von „greifbaren“ Zeltstoffen schon vom November an waren auch die Preise für Zeltbahnen zurückgegangen und die Arzeneiverwaltung konnte sich immerzeit aus dem Ansturm von Angeboten die für sie vorteilhaftesten herausfinden. Die Leidtragenden sind jetzt jene Unternehmer, die ins Blaue hinein unmaßige Bestände von Zeltbahnen anfertigen ließen, auf denen sie nun „sitzen“ gebunden sind.

Was wird nach dem Kriege?

Ueber diese Frage, wie sich das Wirtschaftsleben nach dem Kriege voraussichtlich gestalten, schreibt der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Eugen Baranowski im „Berliner Tageblatt“ u. a. folgendes, das sich mit dem Best, was auch wir dazu schon mehrfach ausgeführt haben:

„Ueber zwanzig Millionen erwachsener Männer in arbeitsfähigem Alter stehen unter den Waffen und werden auf Kosten des Staates erhalten. In Deutschland und Frankreich wird es wohl über die Hälfte der männlichen Arbeiterbevölkerung sein. Der Krieg ist zu Ende, das Heer wird demobilisiert, die Soldaten kehren nach Hause zurück. Was erwartet sie dort? Für die Bauern liegt die Antwort darauf auf der Hand. Sie kehren zu derselben produktiven Arbeit zurück, von der sie durch den Krieg weggerissen worden sind: sie werfen das Gewehr weg und greifen zum Pflug. Die industriellen Arbeiter befinden sich in einer viel schwierigeren Lage. Mit dem Ende des Krieges endet auch diese ständige Nachfrage, die der Krieg erzeugt hat. Vom Markte verschwinden auf einmal die Militärläden, die zur Deckung der Kriegsmateriale bedient wurden. Die Industrie, die in schwieriger und demütigstem Wege sich der neuen Kriegsnachfrage angepaßt hatte, muß jetzt eine entgegengekehrte Wandlung durchmachen und die durch den Krieg erforderte Produktion einstellen. An Stelle der Kriegsmaterialien muß sie Waren produzieren, die in Friedenszeiten gebraucht werden. Die Schwierigkeit dieser Wandlung wird durch die Tatsache verstärkt, daß der Krieg ungeheure Kapitalien verschlungen und die Bevölkerung verarmt hat. Die Nachfrage, die an die Stelle der mit dem Kriege verschwundenen treten soll, kann sich als sehr schwach zeigen. Nach dem Kriege wird die Weltwirtschaft sich in folgender Lage befinden: ungeheures Kapital verpulvert, die Kapitalbildung verlangsamt, die Geldzirkulation der

wichtigsten Staaten durch Papiergeld verfloßt; der Weltmarkt desorganisiert, die Anlagetaätigkeit geschwächt; gleichzeitig die Unterbrechung der durch den Krieg verursachten Nachfrage. Angesichts alles dessen ist nach dem Kriege eine schwere wirtschaftliche Krise zu erwarten. Es werden viele Monate vorübergehen, bevor die industrielle Tätigkeit einen normalen Charakter annehmen wird."

Das bedeutet eine dringliche Mahnung an die Gewerkschaften, die Einheit und Geschlossenheit zu bewahren, alle Kräfte zusammenzuhalten und die Kampfbereitschaft zu steigern, um den schweren Aufgaben, die mit der geschichteten Wirtschaftslage über die Gewerkschaften kommen müssen, gewachsen zu sein.

Feldpostbrief.

Ein Mitglied unseres Verbandes, das sich zurzeit schwerverwundet in einem Vereinslazarett befindet, schreibt uns:

Berlin NW., am 1. 8. 15.

Werte, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Mit dem heutigen Tage haben wir ein ganzes volles Jahr dieser furchtbaren, schrecklichen Zeit hinter uns. Wir wollen hoffen, daß uns im zweiten Jahre recht bald ein siegreicher, glücklicher Friede beschieden sein möchte. In diesem Jahresstage einer wahren großen Zeit lag ich Euch im Namen aller verwundeten und draußen im Felde noch kämpfenden Brüder unserer innigsten Dank für Eure liebevolle Aufopferung. Troden Mutes gegen die Gefahren entgegen, ertragen große Strapazen und Leiden, und nicht selten müssen wir dem Tode ins Auge schauen; der Gedanke an die schrecklichen Gefahren und Leiden, von denen nur der unmittelbar daran Beteiligten sich ein Bild machen kann, dieses schreckliche Unglück von unseren Lieben von der Heimat fernzuhalten, läßt uns die eigenen Leiden vergessen machen. Hoffen wir, daß diese großen Opfer an Gut und Blut ihre Früchte tragen werden und uns das Ergebnis dieser schweren Zeit die uneigennütige Menschenliebe für alle Zeiten erhalten bleiben möchte. Es grüßt Euch alle vielmals Euer Kollege

J. Gumpert.

Situationsbericht der Verwaltungsstelle Stettin vom 1. Halbjahr 1915.

Durch die günstige Arbeitsgelegenheit im ersten Quartal d. J. waren eine Anzahl indifferenten Kollegen, sowie auch Angehörige anderer Berufe in der Lederwarenherstellungsindustrie beschäftigt. Diese nach Möglichkeit zu organisieren, war die Ortsverwaltung beauftragt. Unterstützt durch die Vertrauensleute der einzelnen Werkstätten, welche vielfach anderen Berufen und Organisationen angehörten, konnte eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen werden. Durch die in der Kornitserbranche bestehende Teilarbeit waren mehrere Werkstättenversammlungen mit der Festsetzung der Teilarbeitslöhne erforderlich. Durch Verhandlungen mit den Unternehmern, mit den Werkstättenkommissionen und Vertretern der Organisationsstelle gelang eine einheitliche Regelung der Teilarbeitslöhne, soweit der Zusammenbau der Kornitser in Frage kam. Das Befestigen der Klappen und Büchselemente wurde verschiedentlich beauftragt, weil diese Arbeiten meistens von Frauen in Heimarbeit erledigt wurden, und konnte deshalb ein einheitlicher Lohnsatz nicht zur Geltung gebracht werden. Ebenso war es mit der Regelung der Arbeitszeit. In den Kornitserbetrieben kam eine Einigung auf 81 Stunden zustande. In einem Betriebe konnte die Arbeitszeit von 82 Stunden auf 84 Stunden durch Verhandeln berichtigt werden. Hier wurde eine größere Anzahl Kleinmeister in der Knaping beschäftigt, welche für längere Zeit Arbeit erhielten, so daß in Betrieben oft wegen Materialmangels die Arbeitszeit beschränkt wurde. Von allen Betrieben wurde auch Arbeit an solche im S & C und d. des Reichstatts bezeichneter Arbeiter gegeben. Dieses Hintanhaltens war und ist uns bis jetzt nicht gelungen. Zu Beginn des zweiten Quartals setzte allgemein Arbeitsmangel ein. Während einige Unternehmern, welche Kornitser hergestellt hatten, ihre Werkstätten aufhielten, wurden in den bis dahin bestehenden Betrieben über die Hälfte der Beschäftigten entlassen. Wir verloren dadurch einen Teil der neu gewonnenen Mitglieder. Ein Aufleben der Konjunktur war nicht zu bemerken und dadurch die Agitation ungünstig. Die Bildung einer Schlichtungskommission konnte unter den herrschenden Verhältnissen nicht vorgenommen werden. Es ist dazu das Gewerkschaftsamt zum Besten gekommen und von diesem das Gewerbeamt zur Bildung der Schlichtungskommission beauftragt worden. Bis zum Abenden dieses Berichtes lagen die Zusammenkünfte einzelner Unternehmern vor, die Kommission zu bilden. Seitens der Ortsverwaltung sind dem Gewerbeamt die Vertreter der Arbeitnehmer mitgeteilt worden. Bisher sind Differenzen, welche den Tarif betreffen, durch

die Werkstättenkommissionen erlebte worden. Im allgemeinen ist das zweite Quartal ruhig verlaufen. G. V.

Aus unserem Beruf.

Der christliche Lederarbeiterverband hat laut Besprechung des Geschäftsberichts 1914 im Verbandsorgan im Vorjahre einen Verlust von mehr als die Hälfte seiner Mitglieder zu verzeichnen. Während am Schlusse des Jahres 1913 noch 6048 Mitglieder dem Verbands angehörten, waren es am Jahreschlusse 1914 nur noch 2956, darunter 321 weibliche. Der Verlust von 3092 Mitgliedern ist zum größten Teil auf die Einziehung der Kriegspflichtigen zurückzuführen, wenn auch viele Mitglieder die Gelegenheit benutzten, sich von ihrer Beitragspflicht zu befreien. Aber auch die Werbemöglichkeit hat im christlichen Verband stark nachgelassen, infolgedessen auch die Einnahmen für Aufnahmegebühren von 1036 auf 513 M. zurückgegangen sind. Für das laufende Jahr scheinen sich die Verhältnisse noch ungünstiger zu gestalten. Selbstverständlich haben die Kriegswirkungen auch die Finanzlage des Verbandes stark beeinträchtigt. Die Gesamteinnahme einschließlich der Kriegsbeträge und der Zeichnungen auf Sammelkassen betrug 111 692 M., der Gesamtausgaben belaufen sich auf 126 177 M. Das Vermögen der Hauptkasse ist von 59 828 M. auf 42 695 M. zurückgegangen. In den Zahlstellenkassen verblieben 7561 M. Unter den Ausgabenposten steht in erster Reihe die Kriegsarbeitlosenunterstützung mit 26 712 M., Krankengeld mit 16 964 M., Agitation und Bezirkssekretariate 16 265 M., Streit- und Maßregelungsunterstützung 12 687 M., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 6709 M., an die Kriegsfamilien 4860 M., Verbandsorgan 4904 M.

Aus Industrie und Handel.

Einbäumung der Gefängnistourneurs. Arbeit in Strafgefängnissen für die Seeresverwaltung hat sich in jüngster Zeit viel gefunden und die Justizverwaltung in ihren Bemühungen gefördert, die Strafgefängnisse ohne schädigenden Wettbewerb mit dem freien Gewerbe zu beschäftigen. Mit der Uebernahme der Verwertung ausgemusterter Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke für Rechnung der Seeresverwaltung ist das in reichem Maße gelungen. Es wurde zuerst in dem Zentralgefängnis zu West ein derartiger Staatsbetrieb eingerichtet; gleichartige Betriebe sind in einer Reihe anderer Gefängnisse, wie in Frankfurt a. M., Magdeburg, Remünster, Pößener, Braunk, Hannover und Freiberg eingerichtet worden. In diesen Betrieben werden jetzt neben ausgemusterten Ausrüstungs- und Bekleidungsstücken des gesamten deutschen Seeres und der Gendarmerei auch die ausgemusterten Schiffsgeräte und Werkstoffabfälle der Flotte, der Abfälle von Bekleidungswebern, Munitions- und Artillerieabfälle, Gewerkschaften und endlich Zeug der Reichspost verarbeitet. — Öffentlich läßt sich auch in unserm Gewerbe bald etwas mehr vom Zurückgehen der sehr fühlbaren Gefängnistourneurs erkennen.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Militärsattler haben in einer am 4. August abgehaltenen Wanderversammlung zu den zuerst im Gewerbe grassierenden Mißständen Stellung genommen und einmütig beschlossen, die Ausschaltung der Zwischenunternehmer, Zwischenmeister und der Ueberstundenarbeit zu verlangen. In seinem Referate schilderte Kollege Schulze die sprunghafte Entwicklung der Branche, die ziffermäßig darin zum Ausdruck kam, daß zu Anfang dieses Jahres circa 30 000 Personen in Berlin auf Militärausrüstungen beschäftigt wurden gegen 700 bis 800 in Friedenszeiten. Früher konnte man allerdings nur gelernte, qualifizierte Arbeitskräfte in Beruf, während jetzt die Hilfsarbeiter und weiblichen Arbeitskräfte überwiegen. Das gleiche Verhältnis ist bei den Unternehmern zu verzeichnen; denn Branchenkenntnis haben die Inhaber der neuen Betriebe fast durchwegs nicht aufzuweisen. Der große Kriegsbedarf zwingt eben die Militärbehörde, jedes annehmbare Angebot auf Lieferung von Ausrüstungsstücken anzunehmen. Ganz selbstverständlich haben sich daraus auch erhebliche Mißstände für die Militärbehörden ergeben. Um diese möglichst zu beseitigen, wurde der Kriegsbereitungsverband ins Leben gerufen, dessen erste für uns bemerkbare Tat allerdings in der gegenseitigen Verpflichtung der Mitglieder zur Reduzierung der Arbeitslöhne bestand. Den schärfsten Protest haben wir dagegen erhoben, und es ist bekannt, wie auf Grund unseres Einspruchs durch Vermittlung der Militärbehörden gegenseitige Verhandlungen zustande kamen, die mit der Schaffung des Reichstatts für die Militärausrüstungsbranche endeten. Groß war die Opposition in den Kreisen der Kollegenchaft gegen den neuen Vertrag, aber die

leitenden Kollegen ließen sich nicht beirren, weil über die zeitlichen Bedingungen hinaus auch auf die Weiterentwicklung in der Zukunft Bedacht genommen werden mußte. Jeder einseitige Anseher der Verhältnisse mußte sich sagen, daß eine solche umfangreiche Produktion nicht ewig anhalten konnte. Jetzt haben wir den Zusammenbruch. Denkwürdigen können wir uns, daß wir tatsächlich einigermaßen geschützt sind. Fast täglich sind wir genötigt, auf Grund des Tarifs Einspruch bei den verschiedensten Unternehmern wegen ungenügender Bezahlung zu erheben. Daß dieses nicht immer Erfolg hatte, zeigt die umfangreiche Tätigkeit der Schlichtungskommission, die schon mehr als 30 Streitfälle zu entscheiden hatte. Dabei handelte es sich nur in ganz vereinzelten Fällen um prinzipielle Streitigkeiten, stets waren es Lohndrückereien, denen entgegengetreten werden mußte. In den Kreisen der während der Kriegszeit neu hinzugekommenen Unternehmer begegnen wir überhaupt einer ganz ungläublichen Auffassung von den Verpflichtungen eines Tarifverhältnisses, die darauf zurückzuführen ist, daß diese Herren aus ihrer früheren Tätigkeit nicht gewohnt sind, Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsbedingungen mitzureden zu lassen. Sie halten sich für berechtigt, das Ueberangebot von Arbeitskräften einfach in ihrem Sinne auszunützen. Einzu kommt, daß viele dieser Unternehmer nur noch Zwischenmeister sind, weil sie entweder gar keine oder nur geringe Aufträge von der Seeresverwaltung bekommen haben und zu jedem Preis Aufträge aus zweiter oder dritter Hand übernehmen. Für beratende Arbeiten wollen sie in den seltensten Fällen die Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen anerkennen, weil sie selbst sehr oft nicht mehr als den Tariflohn für die Ausführung der Aufträge erhalten. Es muß ausgesprochen werden, daß in solchen Fällen die auftraggebenden Firmen in erster Linie schuld an den vorkommenden Tarifverletzungen sind. Ein Unternehmer, der an Zwischenmeister Arbeit vergibt und für die Anfertigung nur die Tariflöhne bewilligt, muß wissen, daß der Zwischenmeister den Tariflohn nicht bezahlt, auch nicht bezahlen kann. Aber auch die Arbeitskräfte sind nicht von der Schuld freizusprechen, willkürlichen Tarifbrüchen durch ihr Verhalten Vorschub zu leisten. Statt immer gleich auf die Zahlung von Tariflöhnen zu dringen, wird erst die Arbeit fertiggestellt, und kommt es zur Entlassung, dann wird bei der Organisation Beschwerde geführt. So etwas darf es in Zukunft nicht geben. Verbitten müssen wir uns auch das Verhalten derjenigen Kollegen, die neben ihrer Werkstattarbeit noch nach Feierabend für andere Firmen als Heimarbeiter tätig sind. Die Arbeitsgelegenheit ist in den letzten Wochen sehr zusammengebrochen, da muß es unsere Aufgabe sein, wieder für normale Zustände im Gewerbe zu sorgen. Mit aller Macht muß jetzt die Zurückdrängung der Ueberstunden erfolgen und im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrages zugleich die Beseitigung des Zwischenmeisterwesens angestrebt werden, da für beides kein wirkliches Bedürfnis mehr vorhanden ist.

In der Distriktsion wurden diese Ausführungen teilweise noch ergänzt und von einigen Kollegen verlangt, nicht nur den Zwischenmeisterbetrieben, sondern der ausgedehnten Heimarbeit ebenfalls zu Weisung zu gehen.

Folgende Entschließung fand sodann einstimmige Annahme:

„Die am 4. August in der „Alhambra“ versammelten Militärsattler sind der Ueberzeugung, daß der Bedarf an Militärausrüstungsstücken soweit gedeckt ist und eine Rückkehr zu geregelter Produktion im Interesse aller Beteiligten erfolgen kann. In allen Werkstätten ist daher darauf hinzuwirken, daß die überlange Arbeitszeit möglichst wieder auf die täglich neunstündige Arbeitsleistung zurückgeführt wird.“

Da ferner ein besonderes Bedürfnis zur Beschäftigung von Zwischenmeistern nicht mehr vorliegt, diese Zwischenmeister sich auch nur in den seltensten Fällen an die Lohnsätze des Reichstatts gebunden halten, die bei ihnen beschäftigten Arbeitskräfte vielmehr in der gewissenlosesten Weise ausbeuten, so richten die Versammelten an den Vorstand des Verbandes der Sattler und Portefeuille das Ersuchen, mit den Militärausrüstungsfabrikanten zwecks Aufhebung der weiteren Beschäftigung von Zwischenmeistern in Verbindung zu treten.

Von den zuständigen Militärbehörden, besonders von der Leitung der Spanbauer Artilleriemerkstat und des Feldartillerieabteils, erwarten die Versammelten, daß bei Vergebung von Aufträgen ganz besonders verlangt wird, daß die Ausrüstungsstücke nur in eigenen Betriebswerkstätten zu den im Reichstatts für das Seeres-ausrüstungsgewerbe niedergelegten Bedingungen angefertigt werden.“

Berlin. (E. 9. 8.) Unsere letzte Generalversammlung vom 21. Juli nahm den Bericht über das zweite Quartal 1915 entgegen, der auch den kollektiven Bericht des Kollegen Schulte war zu entnehmen, daß die Verhältnisse sich gegen Ende vorigen und Anfang dieses Jahres gegen sehr geandert haben. Die Militärbranche geht zurück. Wenn das auch nicht auf unserer Arbeitsnachweise zu merken ist, so nur deshalb, weil unsere eigentlichen Berufscollegen trotzdem noch gut zu tun haben. Jedoch den sogenannten „Frühlingsbetrieben“ und solchen verdrängt sich die Branche mehr und mehr. Sie bekommen keine Aufträge mehr und was früher solche Selbstlieferer waren, benötigen sich jetzt krampfhaft um Arbeit bei anderen Firmen. Das gleiche bei den Gesellen. Die meisten rennen die Räder ab, um Arbeit zu bekommen. Gelingt ihnen dies nicht, so ist ihre Abkehr vom Verbande erklärlich. Auch die Privatindustrie liegt daneben. Für die Kollegen der Lederwarenindustrie wurde verucht, Feuerungszulage zu bekommen. Der Erfolg war jedoch bescheiden. Die Unternehmer haben wie immer schöne Worte. Ihr Hauptargument ist, daß die meisten Arbeiter zur Militärbranche übergegangen sind und bessere Verdienstmöglichkeiten haben. Einige Firmen mögen jedoch hier von ausgenommen sein. Die Kollegen dieser Branche wurden aufgefordert, selbst vorstellig zu werden und dann weitere Resultate dem Bureau zu melden. Dem Kassierbericht des Kollegen Wehber zufolge schließt die Hauptkassa im Juni mit einer Ausgabe von 42.409,65 Mk. ab, die Lokalkasse mit einem Bestand von 113.017,62 Mk. Gleichzeitig unterbreitete Wehber der Versammlung im Namen des Vorstandes folgende

Entschiebung.

Die am 21. Juli in den „Arminhallen“ tagende Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Sattler- und Portefeullerverbandes erklärt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung, 10.000 Mk. aus den Mitteln der Lokalkasse zur Unterstützung der Angehörigen unserer Kriegsteilnehmer zu verwenden, einverstanden.

Die Unterstützung soll nach folgenden Grundzügen gezahlt werden:
 Unterstützungsberechtigt sind die Angehörigen der Kollegen, die vor ihrer Einberufung mindestens ein Vierteljahr der Organisation angehört und bereits vor dem 1. Juli d. J. zum Wehrdienst einzuziehen mußten. Die Höhe der Unterstützung beträgt in jedem Fall 15 Mk.

Die Versammlung stimmte dem zu. Durch die Lässigkeit des hier am Orte eingesetzten Bildungsausschusses war es uns nicht möglich, den angesagten Lichtbildervortrag halten zu lassen.

Dresden. (E. 2. 8.) In der am 17. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Busch-Beitzig einen Vortrag über: „Berufsfragen der Gegenwart“. In seinen 14stündigen Ausführungen behandelte der Referent die gegenwärtige Geschäftslage, namentlich in der Militäreffektenbranche. Er stellte fest, daß der Bedarf an Wehr-ausrüstung so gut wie gedeckt ist und demnach ein erheblicher Teil von Arbeitern wieder zu entlassen war. Zu bemängeln wäre, daß der Reichsarbeitsrat noch nicht vollständig eingehalten wird. Bei der Einführung desselben konnte man wahrnehmen, daß dies in Spezialbetrieben leichter angängig war, als in den sogenannten Frühlingsbetrieben. Als unerfreulich muß bezeichnet werden, daß die Dresdener Unternehmer es noch nicht für notwendig hielten, eine Schlichtungskommission zu wählen, obwohl dies unsererseits schon längst gefordert ist. Kollege Busch wünscht, daß die Sattler den alten Kampfesgeist nicht verlieren mögen und sich jederzeit an den gewerkschaftlichen Tätigkeiten beteiligen. Reichen Beifall erhielt er für seine vortrefflichen Ausführungen.

Aus dem darauffolgenden Geschäfts- und Kassensbericht wäre hervorzuheben, daß sich auch hier eine ziemliche Fluktuation bemerkbar macht und daher sich die Mitgliederzahl verringert hat. Derselbe beträgt am Schlusse des zweiten Quartals 741 männliche und 80 weibliche, die der Jugendabteilung 19 männliche und 4 weibliche. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Nachdem noch einige gewerkschaftliche Mitteilungen erledigt waren, ehrte die Versammlung noch das Ableben des verstorbenen Kollegen Härtig durch Erheben des Beifalles.

Soziales.

Besondere Berücksichtigung der Kriegsinvaliden bei Arbeiterereinstellungen. Veranlaßt durch eine Anregung der Handelskammer zu Seidelsberg und auf Grund einer mit dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz getroffenen Verständigung erläßt der Präsident des Deutschen Handeltages folgenden Aufruf an Deutschlands Arbeitgeber:

Volk und Regierung sind einig in dem Bewußtsein der heiligen Verpflichtung, denen, die im Kampfe für die Sicherheit und Ehre unseres Vaterlandes eine dauernde Beeinträchtigung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erlitten haben, eine so hoch wie möglich zu bemessende Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. Daneben geht aber das nicht minder wichtige Bestreben, den Kriegsinvaliden in dem erreichbaren Maße zur Verwertung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft zu verhelfen. dahin zielen die mancherlei Maßnahmen und Einrichtungen, um durch zweckmäßigen Ersatz verkrüppelter Gliedmaßen eine gewisse Leistungsfähigkeit wiederherzustellen oder den durch körperliche Beschädigungen an der Ausübung ihres bisherigen Berufs Verhinderten ein Umlernen und Einlernen in neue Tätigkeitsgebiete zu ermöglichen. So nützlich und wertvoll solche Fürsorge ist, so kann es doch nicht gelingen, allen Kriegsinvaliden auch nur für bestimmte Verrichtungen eine normale Verwendbarkeit wiederzugewinnen, und vollends werden für eine längere oder längere Uebergangszeit ihre Leistungen hinter denen anderer Personen notwendig zurückbleiben. Hier erwächst dem deutschen Unternehmer eine besondere und dringende Aufgabe. Sie werden es sich angelegen sein lassen müssen, solche Kriegsinvaliden, ungeachtet ihrer zeitweise oder dauernd verminderten Arbeitsfähigkeit und nach Maßgabe derselben, so weit wie möglich in ihren Betrieben zu beschäftigen und bei der Anstellung sogar vor anderen Bewerbern zu berücksichtigen. Auf diese Weise dazu beizutragen, daß die noch vorhandene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Kriegsinvaliden sowohl zugunsten der Betroffenen selbst wie für die Gesamtheit praktisch nutzbar wird, ist eine ernste Pflicht der deutschen Arbeitgeber, eine Pflicht gegenüber den Waidern, die mit für sie gebietet und gelitten haben, eine Pflicht auch gegenüber dem Vaterlande, das mehr denn je jetzt und in Zukunft der Erhaltung und Heranziehung aller Kräfte seines Volkes bedarf.“

Rundschau.

Beschlagnahme gebräuchter und ungebräuchter Waren aus Kupfer, Messing und Nidel. Die am 31. Juli dieses Jahres von den Generalkommandos erlassene Verordnung über die Beschlagnahme von Gegenständen aus Kupfer, Messing und Nidel betrifft im Gegensatz zu den vorhergehenden bisher von den Generalkommandos erlassenen Beschlagnahmeverordnungen nicht nur Händler und Fabrikanten, sondern auch alle privaten Haushaltungen und Hauseigentümer. Die Beschlagnahme bezieht sich auch auf alle gebräuchteren oder ungebräuchteren Geschirre und Wirtschaftsgüter für Küchen aus Kupfer, Messing oder Nidel, wie beispielsweise Kochtöpfe und Einlegekörbe, Marinadentöpfe, Töpfe, Fruchtformen, Servierplatten, Pfannen, Backformen, Kasserollen, Kücher, Schüsseln und Körber. Außer den Geschirren und Wirtschaftsgütern für Küchen unterliegen ferner der Beschlagnahme alle kupfernen und messingenen Waschtöpfe, Eimer an Radelöfen, an Kochmaschinen und an Herden, ferner alle kupfernen und messingenen Badewannen, Warmwasserzylinder, Warmwasserbehälter, Warmwasserzylinder, Warmwasserzylinder, Druckkessel, Warmwasserbereiter (Boiler) in Herden und Kochmaschinen, Wasserlästen und eingebaute Kessel aller Art; dagegen nicht Badewannen. Von Gegenständen aus Nidel werden außer den oben genannten Geschirren und Wirtschaftsgütern jeder Art für Küchen und Backformen von der Beschlagnahme betroffen nidele Einfäße für Koch-einrichtungen, wie Kessel, Deckelkannen, Innentöpfe nebst Dedeln an Kippkesseln, Martoffeleinfäße, Fisch-einfäße, Fleisch-einfäße und Meinnidellarmaturen. Verboden ist die Vornahme von Veränderungen an den von der Beschlagnahme betroffenen Gegenständen und von rechtsgeschäftlichen Verfügungen über dieselben, es sei denn, daß die Veränderungen oder Ver-

fügungen von den zuständigen Amtsstellen ausdrücklich genehmigt sind. Die Besitzer sind verpflichtet, die Gegenstände sorgfältig aufzubewahren und zu behandeln, doch bleibt den Besitzern die Benutzung zum einseitigen ordnungsmäßigen Gebrauch. Die Durchführung der Verordnung ist den Kommunalverbänden übertragen. In der Zeit bis zum 25. September dieses Jahres wird sich die Tätigkeit der Kommunalverbände hauptsächlich auf die Einschaffung der freiwillig von den Eigentümern eingelieferten beschlagnahmten Gegenstände beschränken. Nach dem 25. September dieses Jahres beginnt eine statistische Aufnahme über die noch nicht zur Ablieferung gelangten beschlagnahmten Gegenstände; die näheren Bestimmungen über die später in Betracht kommende Einziehung der Gegenstände auf Grund der Bestandaufnahme sind noch vorbehalten. Für die zur Ablieferung gelangenden Gegenstände wird bei Sachen aus Kupfer ein Preis von 4 Mk., bei solchen aus Messing ein Preis von 3 Mk., bei Sachen aus Nidel ein Preis von 13 Mk. für das Kilogramm bezahlt; sind Gegenstände mit Beschlägen aus Holz, Eisen oder anderen Stoffen, insbesondere mit Lefen, Ringen, Handhaben, Stielen, Griffen usw. aus solchen Stoffen versehen, so sind die Vergütungen niedriger bemessen.

Die näheren Bestimmungen darüber, welchen Behörden die Durchführung der Verordnung übertragen wird und wo die beschlagnahmten Gegenstände abgeliefert werden können, werden noch bekanntgemacht werden.

Adressenänderungen.

Leipzig. Das Bureau der Ortsverwaltung und der Gauleitung befindet sich im „Volkshaus“, Zeißer Straße 32, Saalgebäude links 1, Zimmer 8. Sprechstunden für Gauangelegenheiten wochentäglich von 10 bis 11 Uhr vormittags, für Ortsverwaltungssachen von 4-8 Uhr abends.

Stuttgart. Die Wohnung des Gauleiters J. Jig befindet sich ab 3. September in der Wöhrstr. 110 III.

Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

- Willi Kröger, Hamburg, 27 Jahre alt.
 - Wilhelm Schumacher, Hamburg, 24 Jahre alt.
 - Josef Tagliere, Ulm, 31 Jahre alt.
 - Herbert Gerling, Berlin, 25 Jahre alt.
 - August Friezel, Berlin, 27 Jahre alt.
 - Max Wille, Berlin, 24 Jahre alt.
- Ehre ihrem Andenken.

Anzeigen

Für den Kummelbau!

Wahlische, Spanformen für Panzerblech, Klappformen usw. Ausführung jeder Art Holzteile für den Wehrbedarf.

Georg Fisch, BERLIN N. 39, Chausseestr. 88

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63** Gegründet 1890. Preislisten S. P. gratis und franco.

Nietklotz „Ideal“



G. BRUCKLACHER, Berlin SO., Oranienstr. 42.

Werkzeuge für Portefeuller und Buchbinderer



Werkzeuge für Sattler und Tapezierer

Katalog No. 178. gratis und franco